

NIEDERSACHSENBILANZ

GUT FÜRS LAND.

2013–2015



INHALT

VORWORT	4
GUTE ARBEIT FÜR NIEDERSACHSEN	6
FACHKRÄFTEBEDARF SICHERSTELLEN	8
BESSERE WIRTSCHAFTSPOLITIK	10
STÄRKUNG DER VERKEHRSINFRASTRUKTUR	14
BAUEN UND WOHNEN	16
NACHHALTIGE UND GERECHTE FINANZPOLITIK	18
POLITIK FÜR NIEDERSACHSENS REGIONEN	20
ZUKUNFTSOFFENSIVE BILDUNG	24
PETITIONSWESEN MODERNISIEREN	28
SICHERES NIEDERSACHSEN	30
MIGRATION UND TEILHABE	32
GUTE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR STÄDTE UND DEN LÄNDLICHEN RAUM	36
SELBSTBESTIMMTES LEBEN IM ALTER	38
GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT	40
INKLUSION – TEILHABE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN	42
MODERNISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT	44
NACHHALTIGE POLITIK FÜR KLIMASCHUTZ UND ENERGIE	48
VIEL ERREICHT – NOCH VIEL ZU TUN	50
UNSERE ABGEORDNETEN	52
IMPRESSUM	54

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die SPD in Niedersachsen ist 2013 mit dem Anspruch angetreten, unser Land besser auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten. Nach der Landtagswahl und der Übernahme der Regierungsverantwortung ist es die Aufgabe der SPD-Landtagsfraktion, diesen Anspruch gemeinsam mit unserem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen und der Landesregierung in die Tat umzusetzen.

Richtschnur für die gemeinsame Arbeit ist dabei unser Koalitionsvertrag »Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen«. Viel von dem, was wir uns darin vorgenommen haben, wurde von uns bereits angesprochen oder umgesetzt.

Niedersachsen ist ein Land mit einer starken Wirtschaft. Wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür, dass dies so bleibt und unsere Unternehmen »Gute Arbeit« für die Menschen bieten.

Unsere Schwerpunktsetzung auf den Bildungsbereich führt dazu, dass wir in der laufenden Wahlperiode insgesamt eine Milliarde Euro mehr in den Bereich Bildung investieren. Dies ist ein enormer Kraftakt. Wir bauen damit Bildungshürden ab und erhöhen gleichzeitig die Zukunftschancen für alle Kinder in unserem Land.

Mit einer neuen Regionalpolitik stärken wir alle Teile Niedersachsens. Wir haben die Förderinstrumente des Landes so ausgelegt, dass sie individuell vor Ort wirken, und schaffen damit lebenswerte Verhältnisse in allen Regionen.

Unser Land braucht eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. Deshalb führen wir die Neuverschuldung des Landes konsequent zurück. Auch dies ist ein Baustein für die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes.

Mit dieser Broschüre zeigen wir Ihnen, was wir in den unterschiedlichen Politikfeldern bereits erreicht und umgesetzt haben. Dieser Überblick zeigt, wie SPD-Politik wirkt! Gleichzeitig geben wir Ihnen einen kleinen Ausblick auf die nächsten Jahre unseres Regierungshandelns.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen!

Ihre



Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion



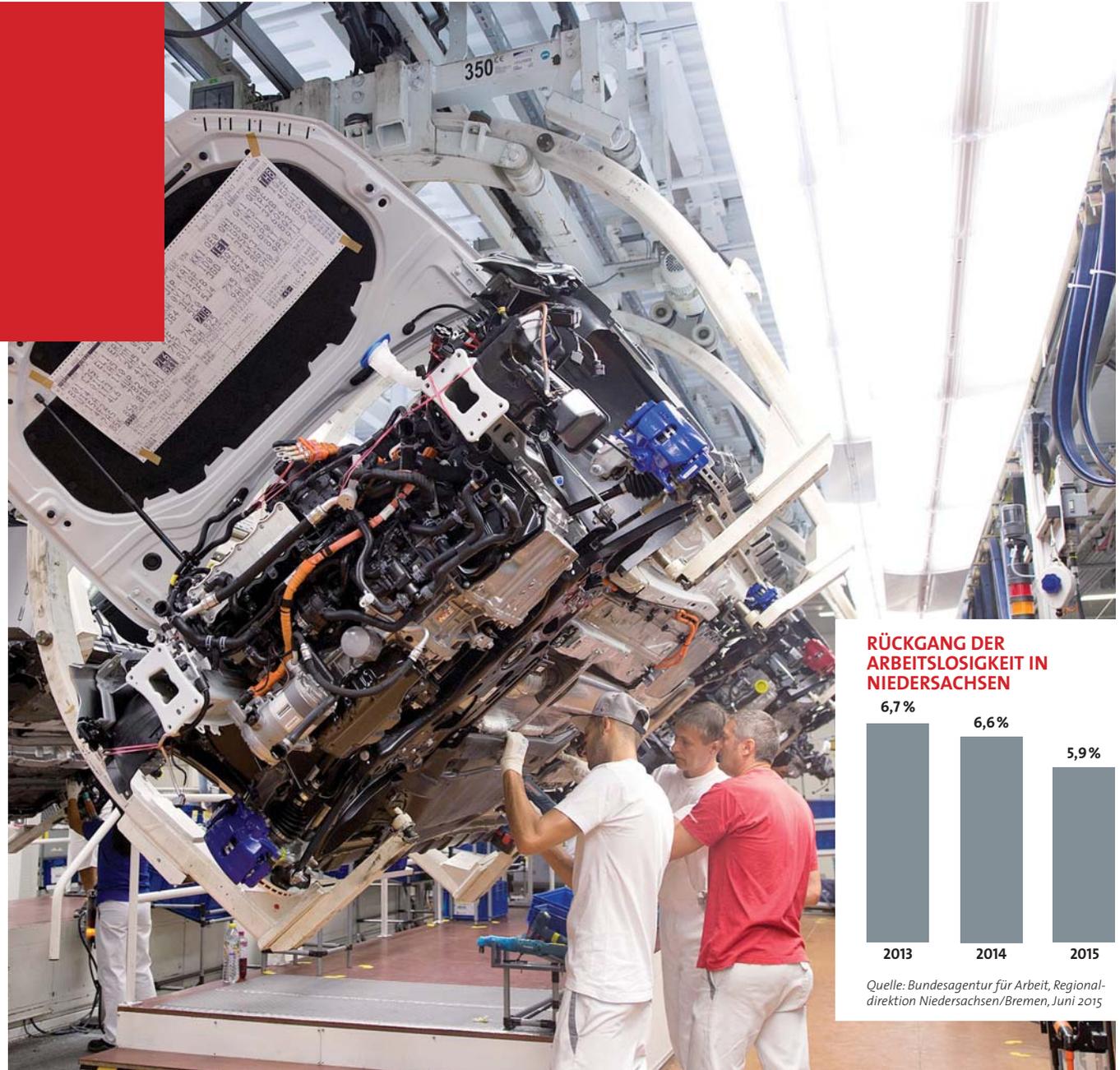
JOHANNE MODDER
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

GUTE ARBEIT FÜR NIEDERSACHSEN

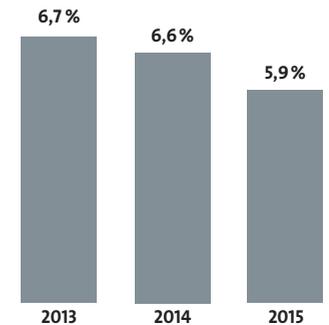
Arbeit ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Sie ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb müssen alle Menschen die Chance haben, den eigenen Lebensunterhalt durch gute Arbeit zu verdienen.

Unsere Ziele sind **Vollbeschäftigung** und gute Arbeit für alle. Gute Arbeit bedeutet auch gute Dienstleistung und bestmögliche Arbeitsbedingungen durch menschenrechtliche Arbeitsplatzgestaltung. Das Leitbild der guten Arbeit ist unser Markenzeichen. Deshalb haben wir es auch in unserem Koalitionsvertrag vereinbart.

- Am 30.10.2013 beschloss der Niedersächsische Landtag ein neues **Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG)**, das zum 01.01.2014 in Kraft trat. Das Gesetz gilt bei allen öffentlichen Aufträgen ab einer Höhe von 10.000 Euro. Neben der Tariftreue wird mit dem Gesetz ein vergaberechtlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt. Erstmals wurde der ÖPNV mit in den Geltungsbereich des Gesetzes einbezogen. Das heißt: Wenn öffentliche Aufträge vergeben werden, müssen sich die Vertragspartner verpflichten, ihren Beschäftigten den Mindestlohn zu zahlen.
- Darüber hinaus setzen wir uns gegen den Missbrauch von **Werkverträgen** ein. Dazu hat das Land Niedersachsen im Bundesrat eine Initiative gegen den Missbrauch durch Scheinwerkverträge gestartet.



RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT IN NIEDERSACHSEN



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Niedersachsen/Bremen, Juni 2015

FACHKRÄFTEBEDARF SICHERSTELLEN

Trotz einer insgesamt sehr positiven Entwicklung auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt gibt es weiterhin auch große Herausforderungen. Aufgrund des demografischen Wandels haben wir einen wachsenden Fachkräftebedarf. Ob Ingenieure, Facharbeiter, Ärzte oder Pflegekräfte – in vielen Branchen und Regionen Niedersachsens fehlen gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb bekämpfen wir aktiv den Fachkräftemangel.

- Wir fördern die Attraktivität der **dualen Ausbildung**. Dazu hat die SPD geführte Landesregierung bereits 2014 ein Bündnis »Duale Berufsausbildung« mit den Arbeitsmarktpartnern geschlossen. Gemeinsam wird die duale Ausbildung gestärkt und zukunftsfest ausgebaut. Darüberhinaus wollen wir durch die Stärkung der Berufsorientierung auch an Gymnasien und integrierten Gesamtschulen und der besseren Verzahnung von Schule und betrieblicher Praxis dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft genügend Fachkräfte für die erfolgreiche Wirtschaft in Niedersachsen ausbilden.
- Zusätzlich stärken wir die **MINT-Fächer**, also Mathematik, Informatik sowie naturwissenschaftliche und technische Fächer. Wir wollen die Potenziale, die unsere Schülerinnen und Schüler haben, fördern und stärken.
- Mit dem **Fachhochschulentwicklungsprogramm (FEP)** stärken wir nicht nur die Fachhochschulen in Niedersachsen, sondern unterstützen vor allem eine bedarfsgerechte

Ausbildung der Fachkräfte dort, wo sie gebraucht werden. In den Regionen unseres Landes, vor allem auch im ländlichen Raum, fördern wir so Innovation und Zukunftsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft. Mit dem FEP stellt die Rot-Grüne Landesregierung bis 2020 480 Millionen Euro bereit und kann damit die Grundkapazität von Studienplätzen um ein Drittel erhöhen.

- Gut ausgestattete Hochschulen und Universitäten garantieren die Innovationsstärke Niedersachsens. Die **niedersächsischen Hochschulen und Universitäten** haben mit dem Hochschulentwicklungsvertrag für die nächsten Jahre eine außerordentlich gute und planbare Absicherung erhalten. Der Vertrag ist ein verlässliches Fundament und gibt Planungssicherheit bis 2018. Er enthält wichtige Garantien: Zum Beispiel sind zusätzliche Besoldungs- und Tarifsteigerungen abgedeckt; pauschale Minderausgaben oder Bewirtschaftungsauflagen sind ausgeschlossen und die strukturelevanten Haushaltsansätze bleiben erhalten.



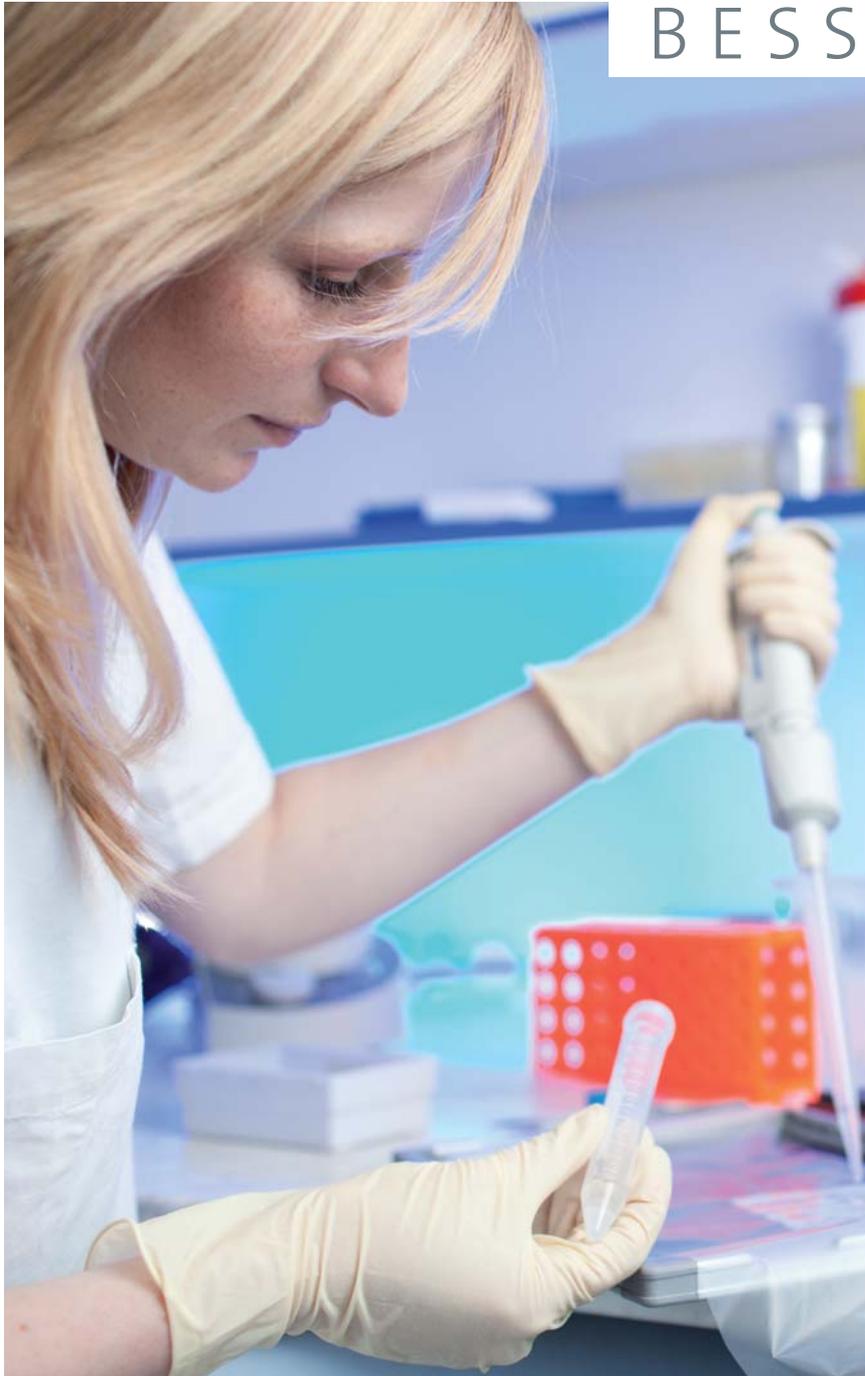
BESSERE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Unser Land hat leistungsfähige Unternehmen und eine starke Wirtschaft. Wir haben in Niedersachsen nach zweieinhalb Jahren Rot-Grüner Parlamentsmehrheit und Landesregierung so viele sozialversicherungspflichtige Jobs wie noch nie in der Geschichte unseres Landes.

Damit das so bleibt, braucht Niedersachsen eine mit den Regionen abgestimmte Wirtschafts- und Strukturpolitik. Dazu gehört eine nachhaltige Industriepolitik, die ihren Anteil an der Gesamtwertschöpfung sichert. Wir stellen die Weichen für ein innovationsorientiertes, ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum.

- Mit dem Landesprogramm für den **Breitbandausbau** schieben wir Investitionen an, um auch in den ländlicheren Regionen eine zukunftssichere, leistungsfähige und nachhaltige Breitbandinfrastruktur sicherzustellen. Ein flächendeckender und schneller Zugang zum Internet ist unverzichtbar für eine moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft in Niedersachsen.

- Das Land Niedersachsen baut ein Netzwerk **Industrie 4.0** auf mit dem Ziel, Forscherinnen und Forscher, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften sowie Unternehmen (insbesondere industrielle KMU) landesweit in Niedersachsen und mit den Akteuren auf Bundesebene zu vernetzen und Aktivitäten im Zusammenhang mit Industrie 4.0 zu bündeln.



BESSERE WIRTSCHAFTSPOLITIK



- Der **Masterplan Ems** ist ein gelungenes Beispiel dafür, dass ein ausgewogener Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Bedürfnissen gelingen kann. Damit sichern wir tausende Arbeitsplätze in der Region Emsland/Ostfriesland.
- In Niedersachsen werden EU-Strukturmittel gezielter eingesetzt, um zum Beispiel die **Innovationsförderung** und die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern. Die Zuschüsse aus den Multifondsprogrammen der Europäischen Union werden konzentriert und ressort- und fondsübergreifend dort zum Einsatz kommen, wo sie besonders benötigt werden und eine möglichst große Wirkung entfalten. Mit über 970 Millionen Euro EU-Mitteln wird die re-

gionale Wirtschaft effektiv unterstützt. Durch diesen effektiven Einsatz von EU-Mitteln erwarten wir Investitionen in und durch ca. 1.500 KMU, die Entstehung von über 1.000 Unternehmen und Innovationsaktivitäten von rund 1.100 Unternehmen sowie den Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

- Der **Tourismus** ist für Niedersachsen ein Wirtschaftsfaktor mit großer Bedeutung. Er gehört zu den größten Wirtschaftszweigen in unserem Land. Deshalb haben wir die Erarbeitung eines Landestourismuskonzeptes beschlossen, das die Landesregierung bereits auf den Weg gebracht hat. Wir wollen noch mehr Gäste für Niedersachsen begeistern und für noch mehr Menschen Arbeit in diesem wichtigen Sektor schaffen.



- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben auch im europäischen Kontext die Interessen der niedersächsischen Industrie im Blick. Wir nehmen die Bedenken, die dort aufgrund europäischer Vorgaben entstehen, ernst und suchen nach Lösungen.
- Wir haben uns für den Erhalt des **VW-Gesetzes** und einen Erhalt der Sperrminorität des Landes Niedersachsen eingesetzt. Nach jahrelangem Kampf hat der EuGH im Oktober 2013 letztendlich bestätigt, dass unsere Forderung richtig war.

- Wir haben die Sorgen der niedersächsischen Industrie bei der von der EU geforderten **Novelle des EEG** aufgenommen und gemeinsam mit Gewerkschaften und Industrie sowie Verbänden wirkungsvoll die Interessen Niedersachsens durchgesetzt. Dazu zählt beispielsweise die Beibehaltung der Befreiung für energieintensive Unternehmen von der EEG-Umlage. Wir wollen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Niedersachsen erhalten.

STÄRKUNG DER VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Gut ausgebaute Verkehrswege und ihre dauerhafte Unterhaltung sind eine wesentliche Grundlage der Stärke Niedersachsens als Wirtschaftsstandort.

- Im Haushalt 2015 haben wir deshalb **106 Millionen Euro** allein für die **Sicherung von Landesstraßen** bereitgestellt. Niedersachsens Straßen werden besser, weil wir für eine erfolgreiche Wirtschaft die beste Infrastruktur brauchen. Wir haben die Reaktivierung von Bahnstrecken und 31 Bahnhalt punkten im ganzen Land auf die Schiene gesetzt. So werden die Strecken zwischen Einbeck-Mitte und Einbeck-Salzderhelden (Investitionsvolumen: acht Millionen Euro), Salzgitter-Lebenstedt und Salzgitter-Fredenber g (5,23 Millionen Euro) sowie Neuenhaus und Bad Bentheim (15,1 Millionen Euro) nach vielen Jahren Abstellgleis wieder an das Bahnnetz angeschlossen. Das ist erst der Anfang. Wir wollen einen intelligenten Öffentlichen Personennahverkehr, der die Teilhabe aller Menschen in Niedersachsen an Mobilität sicherstellt.
- Mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz haben wir verlässliche Förderkriterien für die **Finanzierung von Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs** und des kommunalen Straßenbaus erhalten. Nach neun Jahren ohne eine ÖPNV-Omnibusförderung stellen wir wieder Mittel für die Beschaffung von Bussen im Linienverkehr bereit.
- Wir stärken die **»Maritime Wirtschaft«** mit Investitionen in die wichtigen niedersächsischen Häfen und die Hafenhinterlandverkehre.





BAUEN UND WOHNEN

Die Mittel für Städtebauförderung sind seit der Regierungsübernahme durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf das Rekordniveau von rund 153 Millionen Euro gestiegen. Dieses Investitionsvolumen fließt in die städtebauliche Erneuerung in Niedersachsen.

- 95,6 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln stehen im Landesprogramm für die **Städtebauförderung** 2015 zur Verfügung.
- Zusammen mit dem Eigenanteil der Gemeinden (rund 44,8 Millionen Euro) und den zweckgebundenen Einnahmen (nochmals rund 12,8 Millionen Euro) steht für die **städtebauliche Erneuerung** in Niedersachsen damit ein Investitionsvolumen in Höhe von rund 153 Millionen Euro zur Verfügung.
- Die Landesregierung prüft derzeit, in welchen Städten des Landes sie mit der so genannten **Mietpreisklemme**, die auf Initiative der SPD im Bundestag verabschiedet worden ist, helfen kann, den Preisdruck im Mietmarkt zu mindern.
- Land und Regierungskoalition haben mit fünf Millionen Euro Förderung allein 2015 für **studentisches Wohnen** den Bau von weiteren Plätzen in Studentenwohnheimen gefördert. Damit schaffen wir bezahlbare Wohnungen für Studierende.

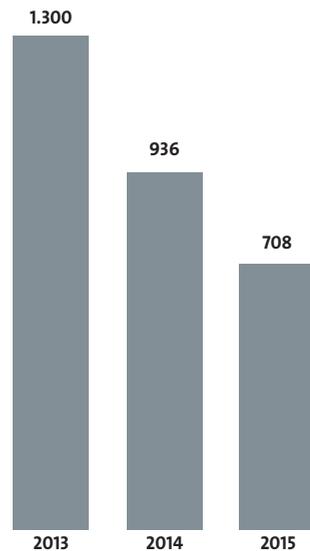
NACHHALTIGE UND GERECHTE FINANZPOLITIK

Niedersachsen wird spätestens im Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Wir schaffen die »schwarze Null«. Deshalb sind wir in Niedersachsen zu einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik zurückgekehrt.

Der Haushalt des Landes ist solide und seriös finanziert. Wir senken die Schuldenlast vor allem auch für die nachfolgenden Generationen und investieren gleichzeitig in die Zukunft der Menschen in Niedersachsen. Mit einem Sondervermögen von **120 Millionen Euro zusätzlich investieren wir in Infrastruktur** wie Landesstraßen und in die energetische Sanierung von Landesliegenschaften in Niedersachsen.

- Wir haben konkrete Maßnahmen für mehr **Steuergerechtigkeit** vollzogen, um Steueroasen und Steuerbetrug wirksam zu bekämpfen. In der Betriebsprüfung und Steuerfahndung schaffen wir 100 zusätzliche Stellen.
- Mit der Neufassung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und transparenten und sachgerechten Regelungen stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit sowie die **Attraktivität des öffentlichen Dienstes** in Niedersachsen.
- Im Bund setzen wir uns dafür ein, dass frei werdende Mittel durch das Auflaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 in den Ländern zur Verfügung stehen, um **Herausforderungen des demografischen Wandels** erfolgreich meistern zu können.

REDUZIERUNG DER NEUVERSCHULDUNG in Mio. Euro



POLITIK FÜR NIEDERSACHSENS REGIONEN

Niedersachsens Regionen entwickeln sich sehr unterschiedlich. Die demografischen und ökonomischen Rahmendaten zwischen dem Westen und der Mitte des Landes sowie weiten Teilen im Norden, Osten und Süden weichen erheblich voneinander ab. Die regionalen Unterschiede nehmen zu.



Aus diesen Gründen haben wir uns für eine **neue Regionalpolitik** entschieden. Damit alle Teilräume des Landes gleichwertige Chancen für eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung erhalten, wurden gezielt Entwicklungsimpulse in der Fläche ausgelöst und ein ressortübergreifendes Regionalmanagement aufgebaut. Wir definieren stärker als bisher die inhaltlichen Schwerpunkte und unterstützen regionale Kooperationen.

- Mit Beginn der Förderperiode 2014–2020 sind die Mittel der drei großen Förderfonds **EFRE, ESF** und **ELER** durch die Landesregierung strategisch neu ausgerichtet und als gerechte, ausgewogene und auf die tatsächlichen regionalen Bedürfnisse zugeschnittene **Förderpolitik** organisiert worden. Damit werden die Möglichkeiten der Programme besser und effizienter miteinander verzahnt. Wir stärken den ländlichen Raum, indem durch unseren Verhandlungserfolg nun 1,12 Milliarden Euro ELER-Fördermittel bis 2020 und damit 15% Prozent mehr als in der vergangenen Förderperiode nach Niedersachsen fließen. Durch nationale Kofinanzierungen wird die Summe aller Förderfonds die nach Niedersachsen fließen auf mehr als vier Milliarden Euro aufgestockt – diese Mittel sichern die Zukunft in den ländlichen Räumen bei uns in Niedersachsen.
- Die neuen **Ämter für regionale Landesentwicklung** und die dort arbeitenden Landesbeauftragten in Hildesheim (Leine-Weser), Lüneburg, Oldenburg (Weser-Ems) und Braunschweig sowie ein Projektbüro Südniedersachsen in Göttingen verfügen über großes



regionales Wissen und hervorragende Kompetenzen. Sie können die Förderentscheidung optimal mit vorbereiten. Auf der Grundlage von wissenschaftlich erstellten Stärken- und Schwächen-Profilen der einzelnen Regionen werden Entwicklungsperspektiven für die jeweilige Region erarbeitet. Die Arbeit ist erfolgreich angelaufen. In den Regionen sind in Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten die ersten Projekte mit EU-Förderung in Arbeit.

- Den **ländlichen Raum** haben die Fraktionen der Rot-Grünen Regierungskoalition

allein 2015 mit fast 18 Millionen Euro gefördert. Dazu zählen die Förderung kommunaler Theater, neue Radwege, Mittel für die Dorferneuerung und die Unterstützung finanzschwacher Kommunen sowie Zuschüsse für Strukturmaßnahmen an Krankenhäusern.

- Der SPD-Fraktion ist die **Stärkung der kommunalen Demokratie** und der kommunalen Legitimation ein zentrales Anliegen, denn die kommunale Selbstverwaltung ist ein wichtiger Grundpfeiler, auf dem unsere Demokratie fußt.



- Wir haben die Stichwahlen wieder eingeführt. Mit der **Wiedereinführung der Stichwahlen** bei den Wahlen von Landräten und Bürgermeistern stärken wir die direkten Entscheidungsmöglichkeiten und sorgen für mehr Aufmerksamkeit und demokratischen Wettstreit bei den Wahlen vor Ort.
- Wir haben die Amtszeiten der Hauptverwaltungsbeamten mit der Wahlperiode der Abgeordneten der kommunalen Vertretungen synchronisiert. Durch den **einheitlichen Wahltermin** erfahren die Kommunalwahlen in Niedersachsen eine

Aufwertung, weil neben der Zusammensetzung der Kommunalvertretungen auch die Entscheidung getroffen wird, welche Persönlichkeit zukünftig an der Spitze der Kommune stehen soll. Eine größere Wahlbeteiligung steht zu erwarten. **Die Demokratie wird gestärkt.**

- Wir haben die im Vergleich zu den übrigen Bundesländern lange Amtszeit der Landräte und Bürgermeister von acht auf fünf Jahre reduziert.

ZUKUNFTSOFFENSIVE BILDUNG

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für eine bessere Bildung in Niedersachsen ein. Deshalb investieren wir bis 2018 in Niedersachsen eine Milliarde Euro zusätzlich in Bildung.



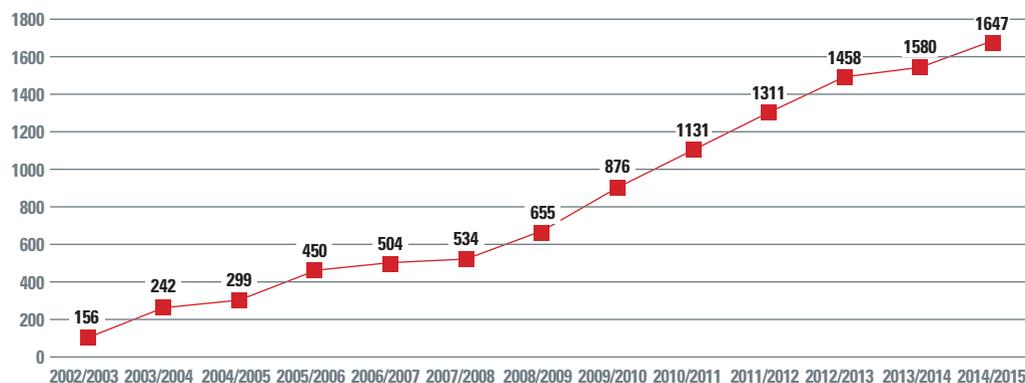
Unser Ziel ist die **Herstellung von Bildungsgerechtigkeit**. Alle Kinder und Jugendlichen müssen die Chance auf einen guten Bildungsweg bekommen – von der Krippe bis zur Ausbildung oder bis zum Studium und unabhängig von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten. Wir wollen die beste Bildung für alle in Niedersachsen. Eine Reihe von Maßnahmen sind dazu schon auf den Weg gebracht worden.

- Wir haben 5.000 neue Plätze in den Krippen des Landes geschaffen und sorgen von 2015 an für eine bessere Personalausstattung. Seit Januar 2015 wird die so genannte **Dritte Kraft in den Krippen** stufenweise finanziert. Bis 2017 stellt das Land dafür fast 80 Millionen Euro für Investitionen und laufende Betriebskosten in Krippen und Kindertagesstätten zur Verfügung.
- Ein weiterer Schritt zur Wiederherstellung von Bildungsgerechtigkeit ist die **Abschaffung der Studiengebühren** an den niedersächsischen Hochschulen zum Wintersemester 2014/2015 gewesen. Erste Erfolge zeichnen sich ab. Der Anstieg der Studienanfängerzahlen in Niedersachsen zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Alles ist so gegenfinanziert, dass den Hochschulen keine finanziellen Mittel verlorengehen.

ZUKUNFTSOFFENSIVE BILDUNG



ENTWICKLUNG DER GANZTAGSSCHULEN



Mit dem im Juni 2015 vom Niedersächsischen Landtag beschlossenen **Bildungschancengesetz** haben wir die gesetzliche Grundlage für eine ganze Reihe von Verbesserungen in der Schullandschaft geschaffen.

- **Mehr Ganzttag:** Jedes Kind ist einzigartig und braucht eine individuelle Förderung. Kinder bekommen mehr Zeit zum Lernen.

Mit der gesetzlichen Verankerung des Ganztags schaffen wir mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Chancengleichheit für unsere Schülerinnen und Schüler. Wir haben die Ganztagschulen mit über 400 Millionen Euro zusätzlich finanziell ausgestattet und konnten somit zahlreiche neue Ganztagsangebote an Schulen unseres Landes etablieren.



- **Turbo-Abi abgeschafft:** Das Turbo-Abi von CDU und FDP ist gescheitert. Zum Schuljahresbeginn 2015/2016 kommt das moderne, bessere Abitur nach 13 Jahren. Wir geben den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit zum Lernen und Entwickeln.
- **Stärkung der Gymnasien:** Wir statten Gymnasien besser aus: Mit mehr Förderstunden, mit kleineren Klassen, mit mehr Ganztagsangeboten, mit mehr Zeit.
- Gesamtschule kann ersetzende Schulform sein: **Wir setzen verstärkt auf gemeinsames Lernen** und den Elternwillen. Deshalb stärken wir kommunale Entscheidungen und die Vielfalt der Schulformen in Niedersachsen. Den Schulträgern wird die Möglichkeit gegeben, flexibel auf den demografischen

Wandel zu reagieren und Bildungsangebote vor Ort passgenau zu gestalten.

- Abschaffung der Schullaufbahnpflicht: **Wir bauen Leistungsdruck ab**, denn kein Kind soll durch das Raster fallen, sondern individuell optimal gefördert werden.
- **Stärkung der Gymnasien:** Deshalb führen wir eine einzelfallbezogene Überprüfung bei Nichtversetzungsentscheidungen ein. Wir wollen den bestmöglichen Bildungsabschluss für alle.
- **Wir bringen schulische Inklusion voran:** Wir verstehen Inklusion als Haltung. Alle Schülerinnen und Schüler, ob mit oder ohne Behinderung, sollen sich gleichermaßen wertgeschätzt fühlen und optimal gefördert werden. Inklusion ist die Herstellung von Normalität. Eltern haben die Wahl zwischen Förderschulen oder inklusiver Beschulung an einer Regelschule.

PETITIONSWESEN MODERNISIEREN



Für uns ist die direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern eine wichtige Errungenschaft der Demokratie.

- Jeder Mensch hat das Recht, gemäß Artikel 17 unserer Verfassung Bitten und Beschwerden einzureichen und sich in eigener Sache oder im allgemeinen Interesse an den Petitionsausschuss zu wenden. Wir wollen den **Zugang zu diesem Grundrecht** weiter erleichtern bzw. ausbauen.
- Wir haben das **Petitionswesen reformiert** und zeitgemäß weiterentwickelt. Petitionen werden nunmehr gemeinsam und direkt von den regierungstragenden Fraktionen sowie der Opposition bearbeitet. Das zeigt, dass wir in Niedersachsen auf dem richtigen Weg sind.

SICHERES NIEDERSACHSEN

Niedersachsen ist ein sicheres Land. Damit das so bleibt, stärken wir unsere Polizei, schaffen neue Perspektiven im Vollzugsdienst und erweitern die parlamentarische Kontrolle über den Verfassungsschutz.



■ Vor diesem Hintergrund haben wir eine **Reform des Niedersächsischen Verfassungsschutzes** vorbereitet, die in diesem Jahr umgesetzt wird. Wir wollen mehr Transparenz und eine bessere parlamentarische Kontrolle.

■ Wir wissen um die Gefahren durch islamistischen Terrorismus. Auch Niedersachsen ist Rekrutierungs- und Rückzugsgebiet geworden. Mit dieser **Herausforderung** geht der reformierte Verfassungsschutz sensibel, aber bestimmt um.

■ Zudem erarbeiten wir ein Konzept für eine vom Verfassungsschutz organisatorisch **unabhängige Dokumentationsstelle**, die Material aus öffentlich zugänglichen Quellen aufbereitet und der wissenschaftlichen Bearbeitung zugänglich macht.

■ Niedersachsens **Polizei** wird von engagierten Polizistinnen und Polizisten getragen. Deshalb haben wir 750 Stellen in der Besoldung angehoben und dadurch insgesamt 1.500 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen.

■ Die **Feuerwehruzulage** wird auf 66,87 Euro und nach zwei Dienstjahren auf 133,75 Euro angehoben. Die Feuerwehruzulage sollen künftig auch die in der Akademie für Brand- und Katastro-

phenschutz beschäftigten Feuerwehrbeamten erhalten. Mit den ebenfalls beschlossenen Stellenhebungen für die Akademie wird der **Feuerwehrdienst deutlich attraktiver**. Damit fördern wir insbesondere die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Feuerwehrmänner und -frauen, die maßgeblich zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger beitragen.

■ Wir schaffen Perspektiven nach dem Strafvollzug und reformieren den Jugendarrestvollzug. Wir haben ein **modernes Jugendarrestvollzugsgesetz** auf den Weg gebracht, das einen Arrestvollzug anstrebt, der den Jugendlichen nicht nur Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit dem begangenen Unrecht bietet, sondern auch Raum für Projekte zur Regelung der persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten bietet.

■ Wir haben die **Resozialisierung** zu unserem Schwerpunktthema gemacht. Wir wollen eine Verbesserung des Überleitungsmanagements von der Haft in die Freiheit und die bessere Zusammenarbeit der Akteure erreichen.

MIGRATION UND TEILHABE

Immer mehr Menschen machen sich weltweit auf den gefährlichen Weg übers Mittelmeer, um in Europa Schutz vor Krieg, Verfolgung und Diskriminierung zu suchen.

Viele dieser Menschen finden Zuflucht bei uns in Niedersachsen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es eine selbstverständliche Verpflichtung, diesen Menschen zu helfen. Deshalb stellen wir uns der Verantwortung.

- Zur **Entlastung der Kommunen** hat das Land Niedersachsen die Kostenabgeltungspauschale nach dem Landesaufnahmegesetz zum 1. Januar 2015 von 5.932 Euro auf 6.195 Euro pro Flüchtling und Jahr erhöht. Aktuell finanzieren wir dazu eine Soforthilfe des Landes von 1.000 Euro je Flüchtling zusätzlich. Dazu kommt eine Soforthilfe von noch einmal 2.000 Euro je Flüchtling, von den Kommunen 800 Euro, so dass wir inzwischen 10.000 Euro für jeden Flüchtling aufwenden. Von diesen Kosten übernimmt das Land Niedersachsen 82 Prozent, der Bund zehn Prozent und die Kommunen acht Prozent.
- Das Land Niedersachsen hat einen vierten Standort der **Landesaufnahmebehörde** in Osnabrück geschaffen. Gleichzeitig sucht das Land mit Hochdruck nach weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen, damit Kommunen entlastet werden und Flüchtlingen bei ihrer



Ankunft in Niedersachsen angemessene Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Die Investitionen für den Betrieb der Landesaufnahmebehörden beliefen sich in 2014 auf rund 38,2 Millionen Euro. Für 2015 stehen für den Betrieb der Aufnahmebehörden 49,3 Millionen Euro zur Verfügung.

- Wir haben landesweit Koordinierungsstellen für **Migration und Teilhabe** geschaffen, um die kommunalen Integrationsaufgaben besser zu bündeln und alle integrationsrelevanten Daten vor Ort zu erfassen.

- Die **Flüchtlingssozialarbeit** haben wir um 600.000 Euro auf zwei Millionen Euro erhöht, um die wichtige Arbeit der Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten zu stärken. Dadurch konnte die Zahl der Beratungsstellen um 33 zusätzliche Stellen erweitert werden, die auch im Netzwerk der Kooperativen Migrationsarbeit Niedersachsen (KMN) mitarbeiten. Zudem wird die Arbeit des Flüchtlingsrates von uns wieder gefördert.

- Beim ersten niedersächsischen **Flüchtlingsgipfel** haben sich Verbände, Vereine, Kirchen, Politik und Regierung gemeinsam verabredet, zusammenzustehen und eng zusammenzuarbeiten, um die Hilfe für Flüchtlinge, Migration und Teil-

habe erfolgreich zu organisieren. Zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sorgen im gesamten Land dafür, dass das gelingt.

- Zur Stärkung der **Willkommenskultur** werden landesweit aktive Migrantinnenorganisationen in ihrer Professionalisierung vom Land mit 290.000 Euro unterstützt. Ein höherer Professionalisierungsgrad stärkt die Teilhabemöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten.
- Das Land hat ein **Landesaufnahmeprogramm** auf den Weg gebracht und somit für syrische Flüchtlinge eine Regelung zur

Übernahme der Kosten für Krankheit, Schwangerschaft und Geburt sowie Pflegebedürftigkeit und Behinderung gefunden.

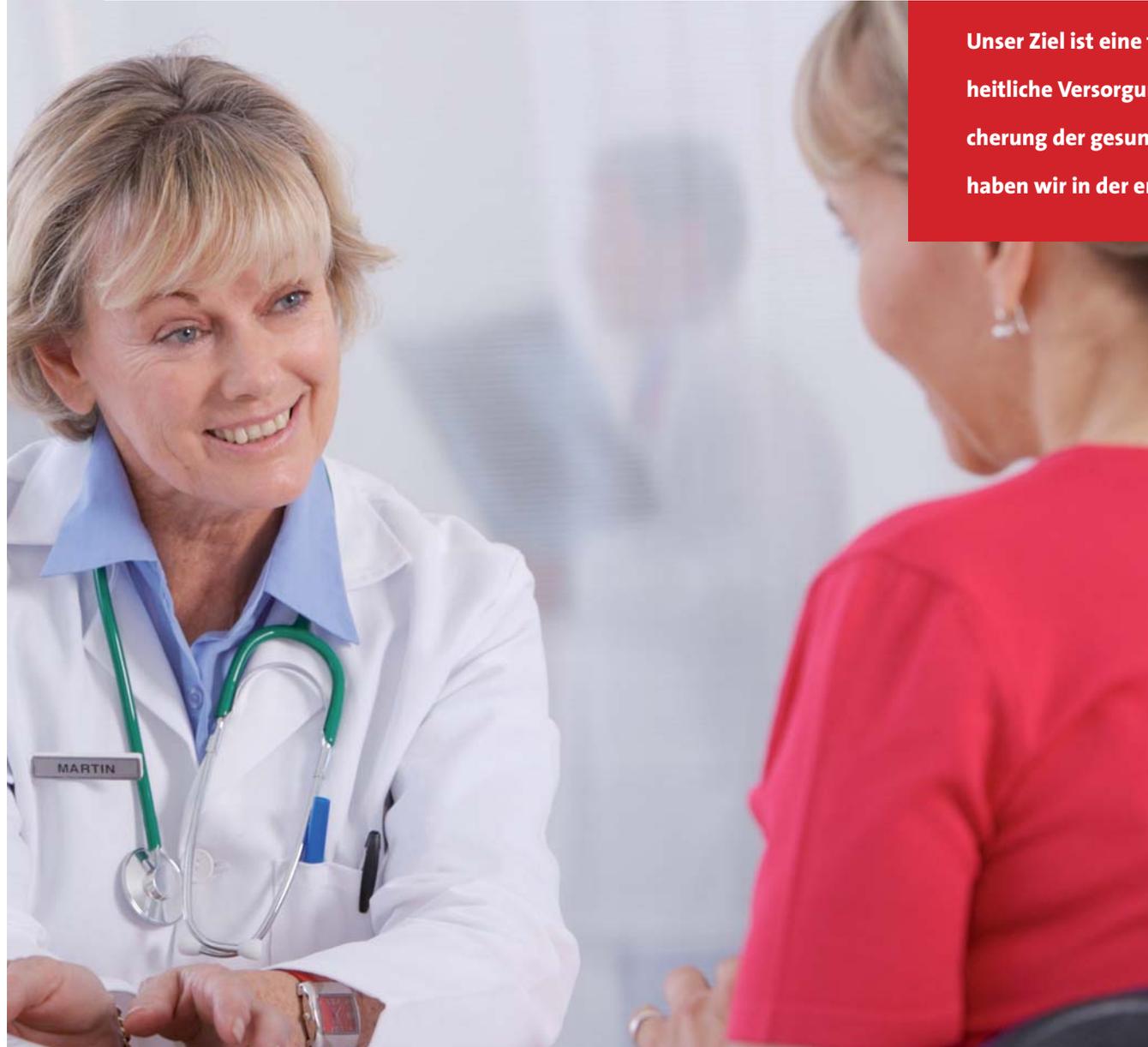
- Wir fördern das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge mit 300.000 Euro jährlich und haben ein **psychosoziales Zentrum** für die Beratung und Behandlung in Hannover eingeführt.
- Wir haben die **Härtefallkommission** reformiert, die Arbeit der Kommission findet jetzt breite gesellschaftliche Akzeptanz. Wir fördern die bedarfsgerechte Einführung von Sprachlernklassen für

Flüchtlinge. Statt 60 dieser Klassen werden wir künftig 240 haben. Damit sorgen wir für Integration durch Sprache.

- Wir investieren 1,5 Millionen Euro in die **Sprachförderung** von Flüchtlingen.
- Wir unterstützen das Aufnahmeprogramm für Frauen aus dem Nordirak mit 1,1 Millionen Euro. Wir helfen damit **Yesidinnen**, die Opfer der Terroristen des Islamischen Staates geworden sind und dringend unserer Hilfe bedürfen.



GUTE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR STÄDTE UND DEN LÄNDLICHEN RAUM



Unser Ziel ist eine flächendeckende, leistungsfähige und finanzierbare gesundheitliche Versorgung. Gerade in einigen Landesteilen Niedersachsens ist die Sicherung der gesundheitlichen Daseinsvorsorge eine Herausforderung. Deshalb haben wir in der ersten Hälfte der Wahlperiode Initiativen ergriffen.

- Den Investitionsstau auflösen, indem jährlich 120 Millionen Euro für Investitionsprogramme aufgelegt werden, mit denen **Kooperationen von Krankenhäusern, Fusionen und Schwerpunktbildungen** gefördert sowie zusätzlich acht Millionen Euro für Umstrukturierungsmaßnahmen bereitgestellt werden.
- Die niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte bei der Gestaltung des regionalen Gesundheitswesens unterstützen. Für innovative Versorgungsprojekte einerseits und als Anschubfinanzierung andererseits, haben wir jährlich 600.000 Euro für die »**Gesundheitsregionen in Niedersachsen**« auf den Weg gebracht.
- Die ambulante ärztliche Versorgung unterstützen. Deshalb wird seit Mai 2014 in schwächer versorgten ländlichen Regionen vor allem die **hausärztliche Versorgung** mit bis zu 50.000 Euro bei einer neuen Niederlassung gefördert.
- Den ärztlichen Bereitschaftsdienst sowie den **Rettungsdienst** besser verzahnen und haben entsprechende Modellprojekte auf den Weg gebracht.

SELBSTBESTIMMTES LEBEN IM ALTER



Die erfreuliche Tatsache einer weiter steigenden Lebenserwartung der Bevölkerung erhöht den Anteil der älteren Menschen in der Gesellschaft. Wir wollen, dass ein gutes Leben im Alter möglich ist.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist deshalb das Thema »Wohnen und Leben im Alter« von besonderer Bedeutung.

- Aufgrund unserer Initiative ist eine neue seniorenpolitische Beratungsstruktur aus der Zusammenführung der Seniorenservicebüros und der Pflegestützpunkte entstanden. In diesem Jahr sind die **Senioren- und Pflegestützpunkte Niedersachsen (SPN)** gestartet, die eine vernetzte und umfassende Beratung und Unterstützung aus einer Hand anbieten. Unser Ziel ist, Senioren- und Pflegestützpunkte in allen Landkreisen und kreisfreien Städten flächendeckend einzurichten.
- Die meisten Menschen wünschen sich auch bei altersbedingten Einschränkungen oder Pflegebedürftigkeit im häuslichen Umfeld wohnen zu bleiben. Deshalb ist es wichtig, barrierefreien Wohnraum anzubieten. Folgerichtig setzt das **Wohnraumförderprogramm** einen Schwerpunkt bei der Schaffung altersgerechten, d. h. barrierefreien Wohnraums.

GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Gute Pflege ist für die SPD ein unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge. Aus unserer Sicht ist dabei neben der Bekämpfung des Personalmangels in der Pflege die Sicherung der ambulanten Pflege eine der größten pflegepolitischen Herausforderungen.

- Wir unterstützen innovative Projekte im Bereich »Wohnen und Pflege im Alter«. Ziel der Förderung des Landes ist es, pflegebedürftigen und hochbetagten Menschen möglichst lange ein weitgehend selbstständiges Leben im eigenen Zuhause und in einem altersgerechten Umfeld zu ermöglichen.
- Ein wichtiger Schritt, um Wohnen im Alter zu verbessern, ist die von uns angeschobene **Anpassung des Niedersächsischen Heimgesetzes**. Wir ermöglichen und sichern damit die Bildung innovativer, selbstbestimmter Wohnformen, auch und gerade für Menschen mit demenzieller Erkrankung.
- So ist der Mangel an Fachkräften enorm. Allein heute fehlen in Niedersachsen rund 3.000 Pflegefachkräfte. Bis 2030 entsteht eine Personallücke in der Pflege von knapp 50.000 Vollzeitkräften (Bertelsmann Stiftung).
- Um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, hat der Landtag die **gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit** beschlossen. Zudem wird eine **solidarische Umlagefinanzierung der Ausbildungsvergütung** in der Altenpflegeausbildung zwischen auszubildenden und nichtauszubildenden Einrichtungen ab 2016 eingeführt.



- Mit unserer Unterstützung hat die Landesregierung im Mai 2013 eine **»Fachkommission Pflege«** einberufen, in der Kommunen und Pflegekassen mit Verbänden und Einrichtungsträgern landespolitische Initiativen zur Sicherung einer guten und wertvollen Pflege vorbereiten. Die Kommission soll Vorschläge zur Bekämpfung des Pflegekräftemangels unterbreiten.

- Die **Pflegekammer** wird die Interessen der Pflegenden vertreten und den Stellenwert der Pflege weiter verbessern. Die Einrichtung einer Pflegekammer ist für uns ein weiterer wichtiger Baustein, um den gesamten Bereich der »Pflege« voranzubringen. Als demokratisch legitimierte berufspolitische Selbstverwaltung aller Pflegefachkräfte ist eine Pflegekammer geeignet, die Wertschätzung und öffentliche Wahrnehmung der

Pflegeberufe entscheidend zu verbessern. Es geht uns vor allem darum, dass die mit Abstand größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen durch eine eigene Kammer, wie die anderen fünf Heilberufekammern auch, auf Augenhöhe mit den Vertragspartnern in der Pflege, im Sinne einer guten Versorgung der Bevölkerung, agieren kann.

INKLUSION – TEILHABE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN



Seit dem 26.03.2009 ist die Behindertenrechtskonvention in Deutschland rechtsverbindlich. Sie ist damit bindendes Menschenrecht und verleiht Menschen mit Behinderungen einklagbare Rechte, vor allem das Recht auf umfassende gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen.

Alle staatlichen Ebenen sowohl Bund und Länder als auch die Kommunen sind gleichermaßen zur Umsetzung der Konvention verpflichtet.

- Mit unserer Unterstützung hat die Niedersächsische Landesregierung die »**Fachkommission Inklusion**« gegründet, die unter der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen nach dem Motto »nichts über uns ohne uns« Empfehlungen für einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet. Diese Empfehlungen werden bis Anfang 2016 zu einem Aktionsplan zusammengeführt.
- Wir haben die **Leistungen für Blinde** in Niedersachsen verbessert und damit einen schweren Fehler der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung korrigiert. Zum einen wurde das Landesblindengeld für alle, die 25 Jahre oder älter sind, vom 1. April 2014 von 265 auf 300 Euro erhöht, zum anderen erhalten Taubblinde zukünftig 2.500 Euro pro Jahr aus dem Blindenfonds.
- Der neue Landtag, der derzeit im Bau ist, soll barrierefrei und inklusiv sein. Wir wollen allen Menschen in Niedersachsen die Teilhabe an politischer Mitbestimmung und Mitarbeit ermöglichen. Im Haushalt 2014 und 2015 hat der Landtag erstmalig 500.000 Euro für **Inklusionsprojekte auf kommunaler Ebene** bereitgestellt. Mit den Mitteln werden modellhafte Projekte gefördert, die dazu beitragen, die Inklusion behinderter Menschen auf der kommunalen Ebene voranzutreiben.

MODERNISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT



Niedersachsen ist das Agrarland Nummer eins. Eine moderne Landwirtschaft ist wettbewerbsfähig, nachhaltig und verbraucherfreundlich. Wir wollen bäuerliche Familienbetriebe erhalten und stärken.

Wir erweitern den Verbraucherschutz:

- Zu Beginn der Wahlperiode haben wir den Unterausschuss Verbraucherschutz im Niedersächsischen Landtag eingerichtet, um den vielfältigen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher Rechnung zu tragen.
- Bis zum Jahr 2016 werden ca. 180 neue Stellen beim LAVES eingerichtet, wodurch die **Lebensmittelkontrollen** gestärkt werden.
- Das **Schulobstprogramm** ist auf den Weg gebracht. In derzeit 656 Schulen in Niedersachsen gibt es für alle Schülerinnen und Schüler jeden Tag frisches Obst.

Wir verbessern den Tierschutz:

- Die **Agrarinvestitionsförderung** haben wir auf die Förderung besonders tiergerechter Stallbauten konzentriert.
- Die Umsetzung des **Tierschutzplans** und die Einrichtung einer Antibiotikadatenbank wird mit einem finanziellen Volumen von einer Million Euro pro Jahr fortgesetzt.



MODERNISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT



- Der Ausstieg aus nichtkurativen Maßnahmen in der Tierhaltung (Bsp. Schnäbelkürzen und Schwänzekupieren) wird von uns konsequent gefördert
- Wir schützen die **Qualität des Grundwassers**, indem wir das Aufbringen von Dünger auf den Flächen besser kontrollieren. Dies ist deshalb notwendig, da Niedersachsen aufgrund hoher Nitrat- und Phosphateinträge aus der intensiven Landwirtschaft massive Probleme mit dem Grundwasser hat. Wir setzen

uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Düngeverordnung ein zielführendes Gülle-Management in Niedersachsen ermöglicht. Wir in Niedersachsen organisieren eine effiziente Kontrolle der Nährstoffströme.

- Wir haben die Förderung des **Ökologischen Landbaus** in Niedersachsen deutlich erhöht und ihn im Ländervergleich an die Spitze gebracht.

- Wir wirken dem Bienensterben entgegen, indem wir durch massive Ausweitung der **Förderung von Blühstreifenflächen** in Niedersachsen auf insgesamt 18.600 ha ausgeweitet haben und damit im Vergleich zum Vorjahr verdoppeln konnten.

- Für ein **Miteinander von Jagdverbänden, Naturschutz und Landwirtschaft** haben wir ein wissenschaftlich begleitetes Gänsemonitoring eingeführt. Gemeinsam mit den Betroffenen wird wissenschaftlich untersucht, welche Zusammenhänge es zwischen Jagd und Entwicklung der Gänsepopulation gibt, auch um Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung gering zu halten.

NACHHALTIGE POLITIK FÜR KLIMASCHUTZ UND ENERGIE

Nach über 30 Jahren ausschließlicher Konzentration auf den Salzstock Gorleben einigten sich Bund und Länder am 9. April 2013 auf eine neue, bundesweite Suche nach einem Atommüllendlager. Das war erst mit unserer Rot-Grünen Landesregierung möglich. Für die Menschen im Wendland ist das ein großer Erfolg.

Im Einsatz für eine bezahlbare, gute und saubere Energie haben wir

- eine **Klima- und Energieagentur** auf den Weg gebracht. Mit dieser Agentur wird das Land zukünftig in der Lage sein, im Wettbewerb mit den anderen Ländern Gelder aus der EU für wichtige Aufgaben einzuwerben.
- uns dafür eingesetzt dass die Stromkabel bei großen **Energietrasse** wie Sued.Link in die Erde verlegt werden.
- im Zusammenspiel von ökologischen und ökonomischen Interessen den **Windenergiestandort Niedersachsen** im On- und Off-Shore-Bereich gestärkt.
- Initiativen ergriffen, damit die Energiepreise für Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch für die Industrie bezahlbar bleiben. **Standortsicherheit** bedeutet Sicherheit von Arbeitsplätzen, deshalb setzen wir uns weiter für eine ökologische Industriepolitik ein.



VIEL ERREICHT – NOCH VIEL ZU TUN

- Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen wird in der zweiten Hälfte der 17. Wahlperiode weiter daran arbeiten, Niedersachsen zukunftsfest zu machen. Dazu zählen wir die Herausforderungen des demografischen Wandels und des ländlichen Raums. So wird zum Beispiel die Entwicklung von **integrierten Strategien für ländliche Entwicklung** ein Schwerpunkt der kommenden zwei Jahre.
- Die Familienpolitik wird ein weiterer Schwerpunkt der Koalition in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode. Familie ist da, wo Kinder sind – und wir machen **Politik für Eltern und Kinder**, indem wir die Bildung und das Betreuungsangebot von Kindern weiter verbessern.

Der Ausbau der Ganztagschule, die Abschaffung der Studiengebühren, die Verbesserungen am Arbeitsmarkt oder die Optimierung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum kommen direkt Familien zu Gute. In Zukunft werden wir weitere Rahmenbedingungen für Familien verbessern, zum Beispiel durch die Reform des **Kindertagesstättengesetzes**, das nach vielen Jahren modernisiert werden muss.

- Wir werden weiter an einem **sozial gerechten Niedersachsen** arbeiten, in dem Teilhabe und Solidarität eine herausragende Rolle spielen. So wollen wir beispielsweise das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz novellieren und ein

neues Gesetz zur Förderung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten auf den Weg bringen, die Finanzierung der Freien Wohlfahrtspflege zukunftsfest aufstellen und den Kinderschutz verbessern.

- Wir werden weiterhin Maßnahmen ergreifen, damit Niedersachsen ein starker **Wirtschaftsstandort mit guten Arbeitsplätzen** bleibt. Dazu gehören Maßnahmen zur regionalen Fachkräftesicherung, die Stärkung des Wissens- und Technologietransfers und innovative Konzepte in der Verkehrspolitik, wie z.B. eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger. Wir erarbeiten ein umfassendes Mobilitätskonzept mit dem Ziel, allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen eine klimagerechte Mobilität zu ermöglichen und die Infrastruktur aller Verkehrsträger zu optimieren und zu vernetzen. Mit einem neuen Hafenkonzept wollen wir die Kooperationen und Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen weiter verbessern.
- Wir werden uns dafür engagieren, dass die so genannte **atypische Beschäftigung**, also Leiharbeit und Werkverträge außerhalb der Norm, weiter abgebaut wird, weil wir als Sozialdemokraten gute und bessere Arbeit für die Menschen in unserem Land wollen.

- Wir verbessern die **Sicherheit in unserem Land**, indem wir die konkreten Herausforderungen der Polizei durch den demografischen Wandel anpacken und den Verfassungsschutz reformieren.
- Wir arbeiten weiter an **modernen Rahmenbedingungen für unsere Kommunen** und werden das Personalvertretungsgesetz (NPersVG) sowie das Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) reformieren, um Arbeitnehmerrechte und demokratische Strukturen in den Kommunen zu stärken.
- Wir novellieren das Krankenhausgesetz und werden **Patientenrechte** sowie die Krankenhausplanung verbessern.
- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine unabhängige Institution, die demokratische Grundwerte vermittelt und zielgruppengerecht aufarbeitet. Wir wollen eine **Landeszentrale für politische Bildung**.
- Wir schaffen die **Schuldenbremse** und werden spätestens 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

UNSERE ABGEORDNETEN



Dr. Gabriele Andretta
Göttingen-Stadt (17)



Holger Ansmann
Wilhelmshaven (69)



Klaus-Peter Bachmann
Braunschweig-Süd (2)



Karsten Becker
Schaumburg (37)



Marcus Bosse
Wolfenbüttel-Süd/
Salzgitter (10)



Matthias Möhle
Peine (4)



Luzia Moldenhauer
Syke (41)



Dr. Christos Pantazis
Braunschweig-Nord (1)



Stefan Politze
Hannover-
Ricklingen (27)



Ulf Prange
Oldenburg-Mitte /
Süd (62)



Axel Brammer
Oldenburg-Land (64)



Christoph Bratmann
Braunschweig-West (3)



Markus Brinkmann
Sarstedt/
Bad Salzdetfurth (22)



Marco Brunotte
Langenhagen (31)



Petra Emmerich-Kopatsch
Seesen (13)



Sigrid Rakow
Ammerland (72)



Dr. Alexander Saipa
Goslar (14)



Uwe Santjer
Cuxhaven (58)



Maximilian Schmidt
Bergen (45)



Ronald Schminke
Göttingen/Münden (16)



Mustafa Erkan
Neustadt (33)



Renate Geuter
Cloppenburg-Nord
(66)



Immacolata Glosemeyer
Wolfsburg (7)



Hans-Dieter Haase
Emden/Norden (85)



Karl Heinz Hausmann
Osterode (12)



Andrea Schröder-Ehlers
Lüneburg (49)



Doris Schröder-Köpf
Hannover-Döhren (24)



Uwe Schwarz
Einbeck (19)



Wiard Siebels
Aurich (86)



Uwe Strümpel
Helmstedt (8)



Frauke Heiligenstadt
Northeim (18)



Frank Henning
Osnabrück-Ost (77)



Holger Heymann
Wittmund / Inseln (87)



Michael Höntsch
Hannover-Mitte (28)



Stefan Klein
Salzgitter (11)



Detlef Tanke
Gifhorn-Süd (6)



Petra Tiemann
Stade (56)



Sabine Tippelt
Holzminden (20)



Grant Hendrik Tonne
Nienburg/
Schaumburg (39)



Kathrin Wahlmann
Georgsmarienhütte (76)



Dr. Silke Lesemann
Laatzen (29)



Olaf Lies
Friesland (70)



Karin Logemann
Wesermarsch (71)



Bernd Lynack
Hildesheim (21)



Johanne Modder
Leer/Borkum (84)



Ulrich Watermann
Bad Pyrmont (36)



Stephan Weil
Hannover-Buchholz
(25)



Dr. Thela Wernstedt
Hannover-Linden (26)



Gerd Will
Grafschaft Bentheim (79)

IMPRESSUM

Herausgeber SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.spd-fraktion-niedersachsen.de

V.i.S.d.P. Lars Wegener

Redaktion Frank Jungbluth

Mitarbeit Christiane Kelly

René Kopka

Kirsten Meyer

Sarah Meyer

Nelly Schmitt

Thilo Scholz

Clemens Wirries

Carina Wischhöfer

Layout und Satz Anette Gilke, Hannover

Fotos Anette Gilke

Photocase.de

Shutterstock.com

SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

Volkswagen AG

wikipedia

Druck BWH GmbH, Hannover

Klimaneutral gedruckt | ClimatePartner | ID: 53326-1505-1005

Stand Juli 2015

